müssen zusammenstehen, um gemeinsam den Kampf gegen den gemeinsamen kapitalistischen Feind und seine Regierung führen.

Die ADGB.-Führer haben auf ihrer Düsseldorfer Tagung eine Verbeugung vor der Erwerbslosenpolitik der Unternehmerregierung gemacht. Statt Kampfmaßnahmen zu treffen, unterstützen sie die schwindelhaften Regierungspläne gegen die Erwerbslosen und Arbeiter. Das muß in Verbindung mit der Aufrollung dieser dringlichen Fragen in allen Gewerkschaften scharf bekämpft werden.

In Berlin wird ein **Erwerbslosenkongreß für den Bezirk Berlin-Brandenburg** ein bezirklicher Auftakt zum **Kongreß der Werktätigen Deutschlands.** Die Linie des Kampfes in Berlin ist auch die Linie des Kampfes der Zusammenfassung der Kraft aller Arbeitenden und Erwerbslosen, aller Werktätigen in ganz Deutschland.

Mobilisiert für den Kongreß der Werktätigen!

Schutz der bayrischen Fememörder

Der bayrische Justizminister ordnet an.

Der bayrische Justizminister Gürtner, Mitglied der Deutschnationalen Partei, hat auf seine Weise zur Tagung des Reichstagsfemeausschusses in München Stellung genommen. Konnte man einen ernsthaften Kampf des bayrischen Justizministeriums gegen die Fememörder erwarten? Natürlich nicht, denn Herr Gürtner hätte dann in den vielen Jahren seiner Ministerschaft reichlich Gelegenheit gehabt, wenn er eben nicht politisch sehr nahe mit den politischen Hintermännern der Fememörder verbunden wäre.

Der „Vorwärts" ist in der Lage, eine amtliche Verfügung des Herrn Gürtner veröffentlichen zu können, die so aussieht:

„Nr. 30 081 München, 11. Juli 26.
B. Staatsministerium der Justiz.

An
die Herren Präsidenten der Oberlandesgerichte.

Betreff: Untersuchungsausschüsse.

Wenn ein auf Grund des § 52 der Verfassungsurkunde des Freistaates Bayerns, oder auf Grund des Artikels 34 der Verfassung des Deutschen Reiches eingesetzter Untersuchungsausschuß um die Uebersendung von Akten ersucht, oder beamtet zur Vernehmung vorlädt, ist mit größter Beschleunigung auf dem Dienstwege, wenn aber besondere Eile geboten ist, unmittelbar, nötigenfalls fernmündlich oder telegraphisch dem Staatsministerium der Justiz hierüber zu berichten und dessen Entschließung abzuwarten.

Hiervon ersuche ich den Präsidenten der Landgerichte und, soweit es erforderlich scheint, den Vorständen der Amtsgerichte Kenntnis zu geben.

gez. Gürtner."

Wenn man weiß, daß den entscheidenden politischen Einfluß auf die ehemaligen bayrischen Einwohnerwehren (Orgesch) die Bayrische Volkspartei, die Partei des Ministerpräsidenten Held, hatte, dann sieht man, daß Herr Gürtner mit seiner Sabotage der Untersuchungsarbeit die Auffassung der gesamten bayrischen Regierung vertritt. Die politischen Freunde der bayrischen Fememörder — ihre intellektuellen Förderer in wichtigen Regierungsstellen, ihre direkten Helfer im Münchner Polizeipräsidium — denken nicht daran, ins bayrische Fememörder-Wespennest hineinstoßen zu lassen. Alles wird getan werden, um die Arbeit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu sabotieren.

Die Arzt-Partei droht, die Rußlanddelegierten auszuschließen

Vor einigen Tagen hat das Komitee zur Organisierung der Rußlanddelegationen einen Aufruf erlassen, in dem festgestellt wird, daß eine Anzahl sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre in den nächsten Tagen nach Rußland fahren werden. Das Komitee fordert die Arbeiterschaft zur Sammlung für diese Rußlanddelegation auf. In der Sonnabendnummer der „Dresdner Volkszeitung" nimmt der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Ostsachsen zu dieser neuen Delegation Stellung und wendet sich gegen diese. Der Bezirksvorstand erklärt, daß er sich in seiner nächsten Sitzung mit den an der Delegation beteiligten Genossen und den SPD-Genossen im Rußlandkomitee beschäftigen und geeignete Maßnahmen beschließen werde. Das bedeutet, der Bezirksvorstand bedroht die Rußlanddelegierten mit Ausschluß aus der Sozialdemokratischen Partei. Insbesondere wird dem für das Rußlandkomitee tätigen Genossen Vogelgesang mit dem Ausschluß gedroht.

Die Erklärung des Bezirksvorstandes der SPD zeigt erneut die arbeiterfeindliche, antibolschewistische Stellung dieser sogenannten linken Sozialdemokraten. Diese Leute, die die Verbindung des kapitalistischen Deutschlands mit den kapitalistischen Ententestaaten als einen politischen Fortschritt begrüßen, versuchen mit allen Mitteln die Verbindung der deutschen Arbeiter mit den siegreichen revolutionären Arbeitern Rußlands zu verhindern. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen diesen konterrevolutionären Vorstoß des Bezirksvorstandes entschieden zurückweisen. **Die Antwort der Gesamtarbeiterschaft muß verstärkte Sammeltätigkeit für die Rußlandbelegation sein.**

Der amtliche Schwindel über „Potemkin" widerlegt

Die „Volkszeitung" greift jeden bürgerlichen Schwindel auf

Das WTB. meldet aus Berlin, 17. Juli. In einzelnen Berliner Blättern sind Nachrichten erschienen, daß der Film „Panzerkreuzer Potemkin" in der ukrainischen Sowjetrepublik verboten worden sei.

Die Berliner Vertretung der Telegraphen-Agentur der Sowjetunion „Taß" ist ermächtigt, diese Nachrichten aufs entschiedenste zu dementieren. Der Film „Panzerkreuzer Potemkin" ist ein Werk der staatlichen Kinoindustrie und wurde sowohl in der russischen wie in der ukrainischen Sowjetrepublik aufgeführt. Der Hinweis, daß die „Iswestija" erst am 15. Juni 1926 Annoncen über den Film veröffentlichten, beruht auf einem offenbaren Mißverständnis, da der Film zu dieser Zeit dem Publikum bereits anläßlich einer zweiten Serie von Aufführungen empfohlen wurde. Ebenso unrichtig ist die Mitteilung, der Film sei verboten worden im Zusammenhange mit Unruhen in der Roten Flotte. „Es haben keinerlei Unruhen stattgefunden, vielmehr haben in der Ausnahme des Films Schiffer und Matrosen der Schwarzmeerflotte teilgenommen.

In dem amtlichen Protokoll über die Verhandlungen der Filmprüfstelle, die zum Verbot des Potemkin-Films geführt haben, wird eine unerhört freche und lügenhafte Begründung dieses Verbots gegeben. Die „Tägliche Rundschau" berichtet darüber.

„Außerordentlich bezeichnend ist es, daß man den Film in Rußland selbst mit großer Vorsicht behandelt. So hat der Vertreter des Reichskommissars für die Ueberwachung der öffentlichen Ordnung in der Verhandlung mitgeteilt, daß der Film in Rußland selbst nur in ganz beschränktem Maße zur Verwendung gelangt. Zum ersten Male ist er am 15. Juni 1926 in der „Iswestija" angezeigt worden. Wie diese Zeitung berichtet, hat er bisher in der Sowjet-Ukraine keine Zulassung (!) gefunden... Diese Tatsache sei offenbar darauf zurückzuführen, daß die russische Regierung mit Rücksicht auf die politischen Schwierigkeiten, besonders in Armee und Flotte (?) es nicht für angezeigt halte, solche aufreizenden Darstellungen vorzuführen ... Der Potemkin-Film ist jetzt erst zur Vorführung in zwei staatlichen Kinotheatern in Moskau zugelassen worden. Das sei im Zusammenhang mit den jüngsten Pressenachrichten über Unruhen und Meutereien innerhalb der Roten Flotte (?!) ein offensichtlicher Beweis dafür, daß man in Rußland Bedenken trage, diesen Film den eigenen Heer- und Marineangehörigen vorzuführen."

Ganz abgesehen davon, daß alle „Schwierigkeiten", „Unruhen" und „Meutereien", von denen hier die Rede ist, absolut aus der Luft gegriffen sind, muß man sich geradezu wundern über den frechen Schwindel, zu dem die Burschen greifen. Jedermann, der nur eine blasse Vorstellung vom heutigen Rußland hat, weiß, daß die Ehrung der Helden der Revolution, die Pflege der Revolutionserinnerungen, die breiteste Propaganda der Taten der Teilnehmer der großen russischen Revolution ein wichtiger Faktor der Oeffentlichkeit der Sowjetunion ist. Der „Potemkin"-Film wurde nicht erst am 15. Juni, sondern schon vor einem Jahre in Sowjetrußland aufgeführt. Der „Potemkin" war schon lange in der UdSSR. populär, als er nach Deutschland kam. In der Ukraine, ebenso in den anderen Sowjetrepubliken der Union sind schon revolutionäre Filme vorgeführt, deren Inhalt zumindest ebenso „aufreizend" ist, wie der des Films Potemkin. Wir erwähnen hier nur zum Beispiel „Die roten Teufelchen", wo direkt Szenen aus dem Bürgerkrieg vorkommen. Tatsache ist, daß die Geschichte des Bürgerkrieges, die Geschichte der Revolution 1905 und 1907 bereits (wenn auch nicht immer mit derselben Meisterschaft, wie es durch Eisenstein geschehen ist) auf der Filmwand gestaltet worden ist. Auf den russischen Kinobesucher, der „Palast und Festung", „Potemkin" oder „Fürst Potemkin" sieht, macht der Film allerdings einen anderen Eindruck als hier zu Lande. Die Schilderungen dieser Filme sind ein Teil seiner Vergangenheit, die er selbst durchgemacht hat. Deshalb ist es ebenso läppisch wie unverschämt, wenn der deutsche Filmzensor, um das herrliche Kunstwerk des „Potemkin" der deutschen Kinokunst vorzuenthalten zu solchen blöden Ausreden greift, wie die „Furcht" vor dem „Potemkin", die angeblich in der Sowjetunion bestehen soll.

Es ist charakteristisch für die konterrevolutionäre Haltung der sozialdemokratischen Presse, daß die gesamten sozialdemokratischen Blätter diesen frechen Schwindel aufgreifen. Der „Vorwärts" nützt die Gelegenheit, um eine Hetze gegen Sowjetrußland zu machen. Die „Dresdner Volkszeitung", das Organ der Linken, bringt in der Sonnabendnummer in der bei diesen Leuten bekannten heuchlerischen Art auf der ersten Seite in großer Aufmachung die Schwindelmitteilungen. Indem die „Volkszeitung" zuerst über das Verbot dieses künstlerischen Films einige Krokodiltränen vergießt, bringt sie dann den Auszug aus der „Täglichen Rundschau", den wir oben wiedergegeben und erklärt dazu:

„Wenn diese Angaben über die Haltung der bolschewistischen Behörden zutreffen, so brauchte man sich darüber nicht zu wundern. Der „Potemkin"-Film ist nicht umsonst die Schilderung einer Episode aus dem

große Befreiungskampf des russischen Volkes gegen barbarische Unterdrückungsmethoden.

Er schildert den Triumphzug menschlichen Freiheitswillens und brüderlichen Zusammenstehens gegen brutale Gewalt. Daß ausgerechnet den jetzigen Sowjetdiktatoren in ihrem eigenen Lande eine solche Propaganda nicht angenehm ist, das kann man sich vorstellen. Um so lächerlicher ist die dauernde Versicherung der Rechtspresse, daß diese künstlerische Darstellung des russischen Freiheitskampfes für Deutschland gefährlich werden könne."

Die „Volkszeitung" nützt also diese Gelegenheit zu einer neuen, gemeinen Hetze gegen die Sowjetrepublik. Die Schmierfinken aus der Redaktion sind aber schon durch die Mitteilungen der halboffiziösen Wolff-Agentur genau so blamiert, wie die amtlichen Stellen, die diesen Schwindel verbreitet haben. Die Arbeiter haben hier einen erneuten Beweis, wie diese Sozialdemokraten mit Lügen und Verleumdungen arbeiten, wie sie selbst die Mitteilungen der Militärs aufgreifen, um Hetze gegen Sowjetrußland zu machen. Wir erwarten von der Redaktion der „Volkszeitung" nicht, daß sie ihren Schwindel berichtigt. Die Arbeiter aber dürfen sich diese Hetze gegen die Sowjetunion nicht mehr länger gefallen lassen.

Die Spaltung der SPD

Die Spaltung der Sozialdemokratischen Partei nimmt immer größeren Umfang an. Wie wir erfahren, sind in Chemnitz 12 Vorstandsmitglieder aus der Sozialdemokratischen Partei aus- und zu den 20 übergetreten. In einer Gründungsversammlung am Donnerstag wurden Vorsitzende und Kassierer gewählt. Der Kassierer ist ein Mitglied des früheren Berliner Zentralvorstandes. — Auch aus Dresden-Plauen wird mitgeteilt, daß sich eine Ortsgruppe von Rechtssozialisten gebildet hat. Der bisherige Vorstand der linkssozialistischen Partei soll seine Aemter niedergelegt haben und zur neuen Partei übergetreten sein. Die Zersetzung im Lager der Sozialdemokraten geht also ununterbrochen vorwärts, jedoch laufen an einzelnen Stellen die Dinge so, daß **durch die Unfähigkeit und erbärmliche und schwache Haltung der linken Sozialdemokraten der Arzt-, Edel- und Wedelleute die Rechten an Position gewinnen können.** Genau so verhält es sich in den Gewerkschaften, wo die Linken es bisher nicht unternommen haben, den Kampf gegen die rechten Bureaukraten aufzunehmen. Im Gegenteil, nach einer Versammlung der Funktionäre des Einheitsverbandes der Eisenbahner nahm die sozialdemokratische Zeitung, ohne zu prüfen, Mitteilungen der rechten Gewerkschaftsführer gegen die Funktionäre, die sich gegen Mitte ausgesprochen hatten, auf. Die Arbeiter in dieser Sozialdemokratischen Partei müssen endlich begreifen, daß sie ohne eine gegen die Arztleute den Kampf gegen die Rechten mit den Kommunisten in den Gewerkschaften führen müssen.

Bell Reichsjustizminister

Berlin, 18. Juli. **Reichspräsident von Hindenburg hat auf Vorschlag des Herrn Reichskanzlers den Reichsminister a. D. Dr. Bell zum Reichsminister der Justiz ernannt und ihn gleichzeitig mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete beauftragt.**

Bell ist ein rechtsstehender Führer des Zentrums. Er ist nicht weniger reaktionär als sein Parteifreund Marx, der bisher das Justizministerium mitverwaltete. Es ist der schärfste Massendruck notwendig, um die Amnestie für die proletarisch-politischen Gefangenen gegen Bell durchzusetzen.

Wie starb der letzte Zar?

Die Wahrheit über den Tod der Romanows.

Nachdem Jahre hindurch die bürgerliche Lügenpresse tränenreiche Feuilletons über den Tod der Romanows in Jekaterinenburg verbreitet hat, die an die kritiklose Sentimentalität der alten Jungfern beiderlei Geschlechts appellierten und nur zur Hetze gegen Sowjetrußland dienten, folgten die Konterrevolutionäre, deren Kassen anscheinend durch die „ewige Emigration" sich zu leeren begannen, mit „Offenbarungen", die sie dem Spießbürgertum der ganzen Welt in Leinen und Halbleder offerierten. Miljukow, der Exminister der Aera Kerenski, begann diese Prophetentätigkeit, ihm folgte der Bandengeneral Diterichs, der in Deutschland — nach dem Sprichwort: Gleich zu gleich gesellt sich gern — nur noch einen völkischen Verleger fand. Einige Zeit später folgte N. Sokoloff mit seinem „Todesweg des Zaren". „Dargestellt von einem Untersuchungsrichter" liest schlicht auf dem Deckel zu lesen, und scheinbar schlicht und objektiv schildert Herr Sokoloff vom sicheren und bequemen Schreibtisch eines Pariser Hotels seine Tätigkeit als „Untersuchungsrichter" im Auftrage des Bandengenerals Kolschak. Wer ist dieser Sokoloff? Darüber gibt P. M. Bykow nähere Auskunft, den die Sowjetregierung zur Abwehr der Hetze mit der Veröffentlichung der amtlichen Dokumente betraut hat, die nun auch in deutscher Sprache vorliegen. (Das Ende des Zarengeschlechts. Die letzten Tage der Romanows. Neuer Deutscher Verlag, Berlin NW 7, Preis 75 Pf.) Bykow schreibt: „Zum Untersuchungsrichter wurde der aus Sarajew geflohene Monarchist N. Sokoloff ernannt. Dieser Sokoloff erachtet es für notwendig, eine Liste von 164 Angeklagten, die sich jenseits der Front befanden, aufzustellen... Die Weißen rächten sich grausam an den Arbeitern und Bauern des Urals. Tausende starben unter den Kugeln und Foltern der Offiziere in den Gefängnissen, sie alle bezahlten die Erschießung der Romanows mit ihrem Leben."

Wie frech der alle charakterisierte Sokoloff lügt, zeigt folgende Gegenüberstellung: Der zum Untersuchungsrichter „ernannte" Arbeitermörder schreibt: „Es ist bewiesen, daß Goloschtschekin und Jurowski Komplizen waren. Auch zwischen G. und Swerdlow bestand volles Einverständnis." Die amtliche Darstellung Bykows beweist das Gegenteil. Durch das rasche Anrücken der tschechoslowakischen Truppen war nämlich ein Befragen des Exekutivkomitees in Moskau, das Swerdlow damals leitete, nicht mehr möglich. Also faßte der Jekaterinenburger Sowjet allein den revolutionären Entschluß, die Zarenfamilie zu erschießen, um den Weißen dieses wichtige Faustpfand nicht in die Hand zu geben, und konnte dem Exekutivkomitee erst von der vollendeten Tatsache Mitteilung machen. Auch die Vernichtung der Leichen erfolgte nicht, wie der Herr Untersuchungsrichter Dummköpfen vorzulügen versucht, aus „Rache" oder „Sadismus", sondern war eine wohlerwogene und notwendige revolutionäre Tat, den Weißgardisten nicht einmal „Reliquien" in die Hand zu geben.

Bykows Werk wird endlich Licht in das Dunkel werfen, das die Weißgardisten aller Länder ängstlich zu erhalten versuchen. Das Buch zeigt mit geschichtlicher Genauigkeit jede Phase der letzten Tage der Romanows. Es beginnt mit einer sachlichen Charakteristik des Zaren und schildert den Sturz des russischen Absolutismus durch die Februar-Revolution, die Verhaftung der Romanows, ihre Gefangenschaft in Zarskoje Selo, Tobolsk und Jekaterinenburg, die verschiedenen Versuche monarchistischer und bürgerlicher Organisationen zur Befreiung der Zarenfamilie und die Rolle Kerenskis und der menschewistischen Führer in dieser geschichtlichen Phase.

Jeder, der sich über die Vorgänge, die zur Erschießung der Romanows führten, wirklich informieren will, wird dieses Buch gern und mit Interesse lesen, sein besonderer Wert besteht aber darin, daß es den Lügenberichten der Miljukow, Diterichs und Sokoloff die durch Dokumente erhärtete Wahrheit entgegenstellt.

„Arbeiter-Illustrierte"

Die neue „Arbeiter-Illustrierte" ist erschienen und kann von der Volksbuchhandlung Oswald Groß, Dresden-A., Jakobsgasse 15, sofort bezogen werden!

Arm und Reich im Bade

Soeben bringt die „Arbeiter-Illustrierte Zeitung" (Nr. 13, Neuer Deutscher Verlag, Berlin) eine sehr interessante Sondernummer, die die Bade- und Erholungszeit des Bürgertums und der Proletarier in schlagenden Bildern zeigt und die Forderung des organisierten Proletariats nach eigenen Bade- und Freiluftplätzen glänzend unterstreicht. Ferner enthält die Nummer einen interessanten Aufsatz von Erich Mühsam über Max Hölz, sowie die neueste Aufnahme von Max Hölz, die im Gefängnis Gr.-Strehlitz gemacht worden ist. Bilder über die Lage des tschechischen Proletariats, ein interessanter Aufsatz mit Illustrationen über die Porzellanarbeiter, sowie über die Schweizer Naturfreunde und ihre Bestrebungen sichern dem Hefte wieder das Interesse aller Werktätigen. Besonders wichtig wird die Nummer durch die Veröffentlichung der ersten 6 Preise des großen Photo-Preisausschreibens für Arbeiterphotographen, das die „AIZ" veranstaltet und durch den Beginn einer neuen spannenden Kurzgeschichte von Jack London, „Blinde Passagiere", aktuelle Bilder aus aller Welt, von der Arbeitersportbewegung, aus dem Arbeiterleben, Schach-, Rätsel- und Humorecke, sowie Abbildungen aus dem Gebiete der Kunst, der Bühne und des Films ergänzen das Heft aufs wirkungsvollste.

Dresdner Volksbühne E. V.

Opernhaus:
Geschlossen bis mit 28. August.

Schauspielhaus:
Geschlossen bis mit 14. August.

Albert-Theater:

Montag, 19. 7.	Die verlogene Nacht	Nr. 2801—2900
Dienstag, 20. 7.	Dasselbe	„ 2901—3000
Mittwoch, 21. 7.	Dasselbe	„ 3001—3100
Donnerstag, 22. 7	Dasselbe	„ 3101—3200
Freitag, 23. 7.	Dasselbe	„ 3201—3300
Sonnabend, 24. 7	Dasselbe	„ 3301—3400
Sonntag, 25. 7	Dasselbe	„ 3401—3500
Montag, 26. 7.	Dasselbe	„ 3501—3600

Ab 1. Juli 1926 gelten nur noch die neuen Mitgliedskarten für das Spieljahr 1926/27. — **Umtausch der Mitgliedskarten und Neuaufnahmen bis auf weiteres verlängert** täglich von 11—5 Uhr (außer Sonntags) in der Geschäftsstelle, Schloßstr. 24/26. — **Jahresmitgliedsbeitrag 2 Mark,** für Neuaufnahmen Eintrittsgebühr 1 Mark.

In der Internationalen Kunstausstellung Dresden 1926 sind aus Staatsmitteln die Werke folgender Künstler angekauft worden: Albiker (Holzplastik „Sebastian"), Despiau (Büste), Diez (Maler in der Werkstatt), Enslor (Stilleben mit Rotkohl), Baum (Garten bei Sorrent), Kanoldt (Halbakt, Stilleben 2, 4), Griebel (Bildnis Lea), Grundig (Knabenbildnis), Henke (Abendlandschaft), Lachnit (Mädchen mit Pelz), Rehlet (Selbstbildnis), Rudolph, Wilhelm, Landschaft mit Kleinbahn), Sterl (Lastträger), Winkler (Schimmel).

Auch auf der Aquarellausstellung (Brühlsche Terrasse) hat der Staat eine größere Anzahl Bilder erworben und zwar von folgenden Künstlern: Beckert, Birnstengel, Dieze, Eller, Garten, Gelbke, Gedenschweg, Großpietsch, Hänel, Herzenbarth, Henke, Hartner, Hoffmann-Juan, Hopta, Kaltwasser, Koplan, Kräuter, Lange, Liebe, Meisser, Meyer-Buchwald, Nadler, Oehme, Ritter, Schanze, Scholz, Teeger, Ufer, Wilhelm, Winkelmann, Zeising.

Zur Erwerbung von **Bildhauerarbeiten** wird überdies in nächster Zeit vom Akademischen Rate ein Wettbewerb ausgeschrieben werden.